

Willkommen beim Amtsgericht Lichtenberg !

Runder Tisch 8.April 2019



Amtsgericht Lichtenberg, 1906



ca. 1935



- Geschichte des Amtsgerichts Lichtenberg seit Mai 1945





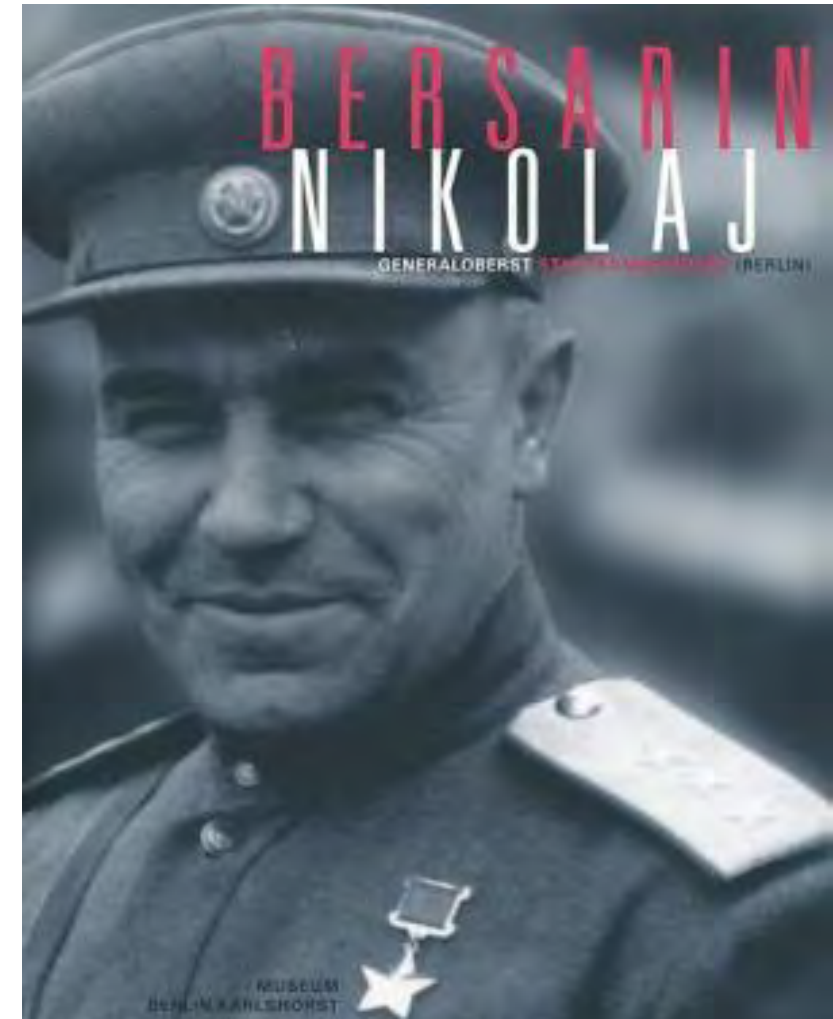
25. Mai 1945:

Der sowjetische Stadtkommandant Generaloberst Bersarin befahl im Saal 1313 des wenig zerstörten AG Lichtenberg die Aufnahme des Justizbetriebes zum 1.6.1945

So nahm das AG Lichtenberg mit nur etwa 40 Tagen Unterbrechung seinen Betrieb wieder auf

Erster Direktor war ein Justizobersekretär (kein Hochschul-Absolvent). Besetzung möglichst durch Personen, die sich in der Zeit des Faschismus durch ihre menschliche Einstellung bewährt hatten

Etwa 100 Mitarbeiter (4-5 Spruchrichter), es gab auch Grundbuchamt, Vormundschaft, Nachlassabteilung und Hinterlegungsstelle



- Richter: zunächst einige Rechtsanwälte (für $\frac{1}{4}$ oder $\frac{1}{2}$ Jahr verpflichtet) und Personen mit juristischer Ausbildung (aus der Industrie etc.)
- Im Strafrecht ging es zunächst um Schiebung und Diebstähle, der Lichtenberger „Schwarze Markt“ war über die Stadtgrenzen bekannt, teilweise 40-50 Verhandlungen an einem Tag
- Bsp. Diebstahl an den Dachbalken des Gerichts

1948 - Mit den Herren Lärm und Mohr kamen die ersten zwei „Volksrichter“ nach Lichtenberg. Von der Belegschaft wurden sie (wohl wegen der fehlenden juristischen Ausbildung) „Max und Moritz“ genannt. Sie sollen aber ihre praktische Erfahrung gewinnbringend eingesetzt und bei den Mitarbeiter/innen beliebt gewesen sein.

Februar 1949: Spaltung der Berliner Justiz in Ost und West. Ganz erheblicher Teil der Richter ging nach Westberlin. Die Lücken wurden durch neu ausgebildete Volksrichter besetzt.

1952: Neuorganisation der Gerichte, das **Stadtbezirksgericht Lichtenberg** entsteht. Oberbürgermeister Berlin-Ost Friedrich Ebert jr. ernennt Frieda Schemenz als erste Direktorin.

Weitere Direktoren: Wolfgang Kopatz, Herr Kamin, „W.O.“

Abteilungen für Strafrecht waren weiter aktiv, z.B. wurde mit Beschluss vom 10. November 1952 der Rennstallbesitzer Wilhelm Voigt wegen Gebrauchsentziehung des Trabrennpferdes „Karius“ aus Karlshorst zur Trabrennbahn Ruhleben öffentlich zur Hauptverhandlung vor dem Schöffengericht im Saal 49 (jetzt 1313) am 11.12.1952 geladen.

Nach hiesigen Erkenntnissen keine Zusammenarbeit mit dem sowjetischen Militärtribunal im benachbarten Gefängnis.

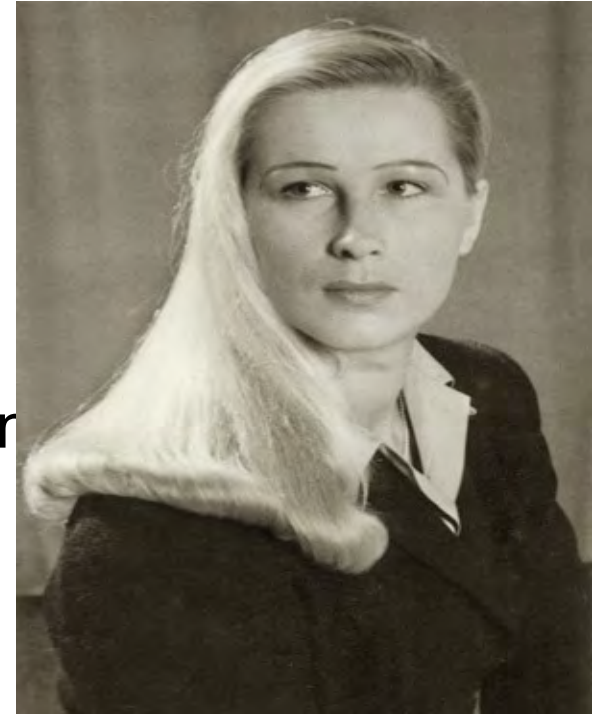
Nach 1945 tagte im benachbarten Gebäude (jetzigem Frauengefängnis) das SMT (sowjetisches Militärtribunal – Standort 42289) und verhängte gerade in politischen Prozessen hohe Strafen.

Bsp.:

1952 – Prozess gegen 29-jährige Drehbuchautorin Ursula Rumin, die unerwünschterweise über Jugendkriminalität in der DDR recherchiert hatte:

„Spionin, Hetzerin und Verräterin“ zu 15 Jahren Zwangsarbeit im Betsaal des Gefängnisses verurteilt und 1953 mit weiteren 29 Frauen ins sibirische Haftlager Workutsk gebracht, wo sie aber auf Betreiben der Bundesregierung 1954 nach West-Berlin entlassen

3.1.2001 entschädigungslose Rehabilitierung durch die Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation

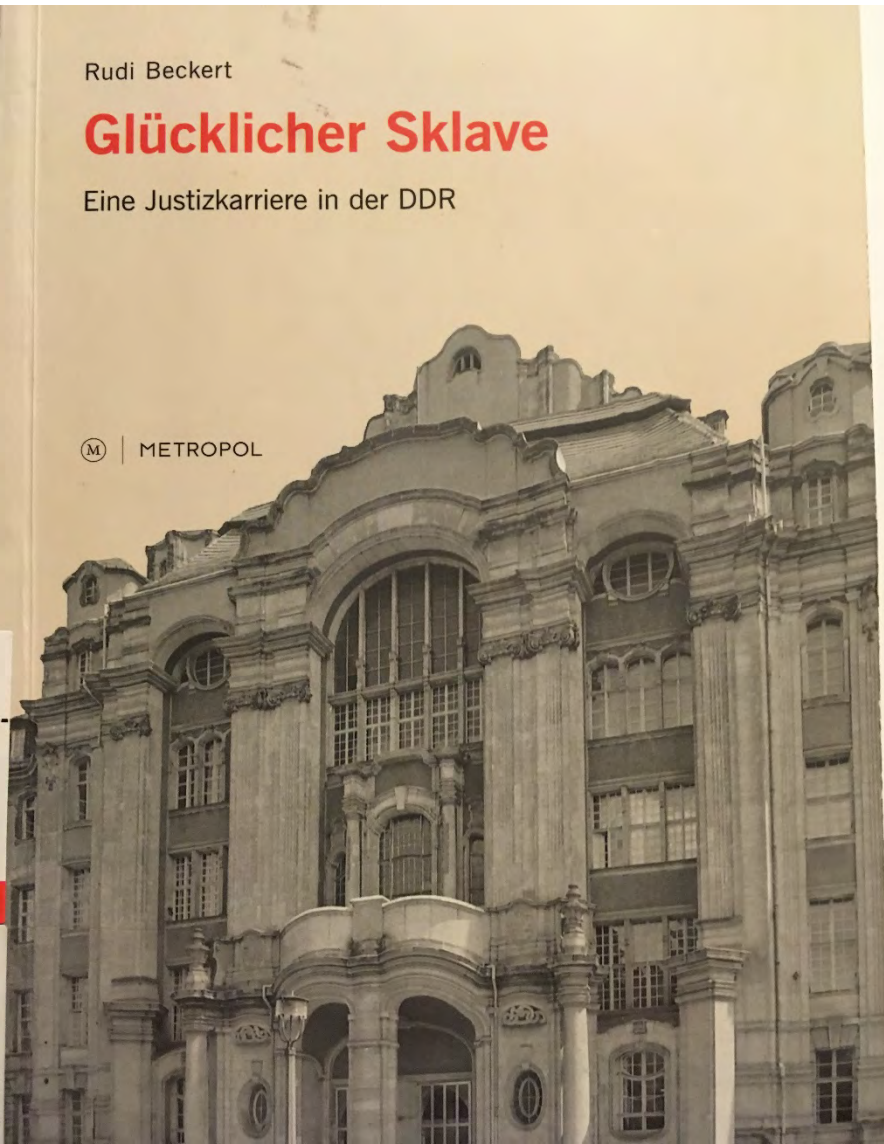


Nach Abzug des Militärtribunals wurde das Gefängnis vom MfS übernommen

15.6.2017 verstorben



Was sind die Besonderheiten des Stadtbezirksgerichts Lichtenberg gegenüber anderen Stadtbezirks- und Kreisgerichten in der DDR?



Die Instanzen im DDR- Strafrecht

1. Kreisgerichte (Stadtbezirksgerichte)

waren 1. Instanz für viele Vergehen wie „Vergehen gegen die staatliche und öffentliche Ordnung“ (Grenzübertritt, Rowdytum, kriminelle Asozialität etc.)

(Auch in MfS Sachen, wurde wohl an dieser Abgrenzung nach Straferwartung festgehalten)

2. Bezirksgerichte (Stadtgericht)

waren 2. (und letzte) Instanz bei Entscheidungen der Kreisgerichte und 1. Instanz bei schweren Straftaten (auch in MfS- Sachen, z.B. bei „Verbrechen gegen den Staat“)

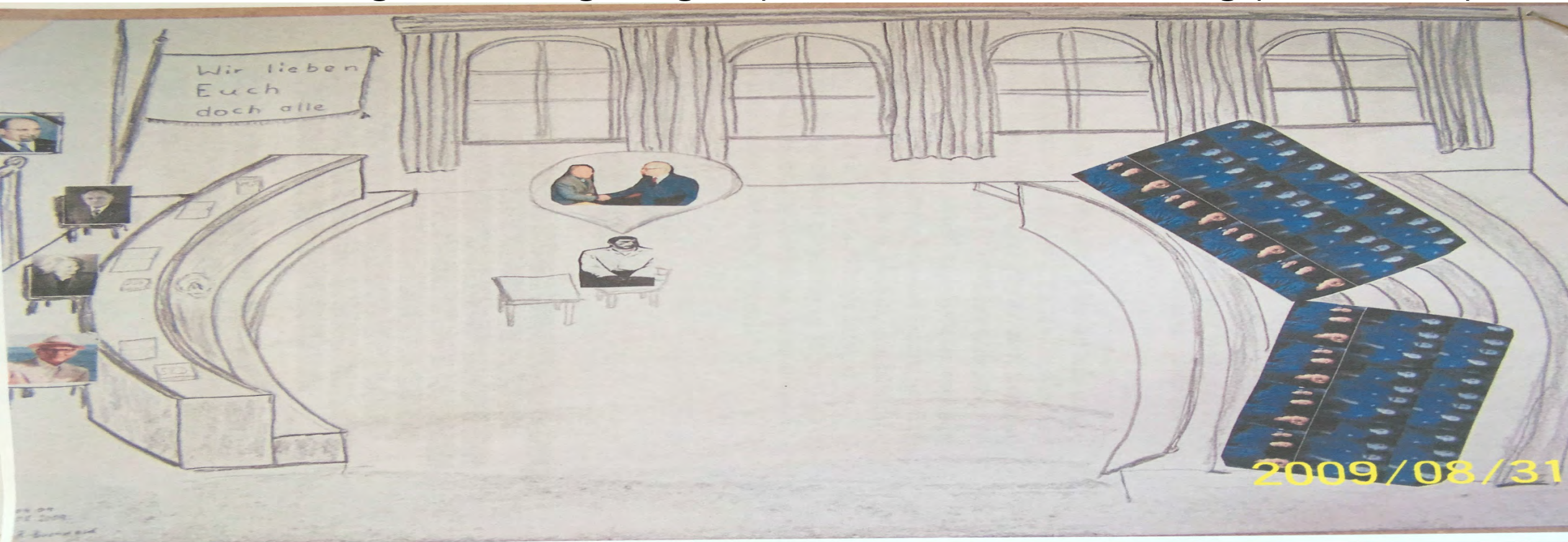
3. Oberstes Gericht der DDR

Kurzer Exkurs: Richter in der DDR

- "Jurastudium - Staatsexamen" juristische Inhalte, aber auch Marxismus-Leninismus etc.
- wurden alle 5 Jahre vom Volk "gewählt", wobei die SED (Stadtverordnetenvers.) bestimmte, wer aufgestellt wird (keine persönliche Unabhängigkeit)
- marx./leninistische Staatstheorie war einheitliche Staatsmacht, Richter und Staatsanwälte dabei nur untergeordnete Staatsfunktionäre, keine Gewaltenteilung
- Es wurde von Anfang an (zunächst vom Justizministerium direkt und später von der Parteispitze über das Oberste Gericht) vorgegeben, wie zu entscheiden ist
 - Unliebsame Entscheidungen wurden kritisiert, den Betroffenen in der Parteiversammlung „formaljuristische Tendenzen“ vorgeworfen und für ein Jahr in die Parteischule geschickt o.ä.
 - Es gab die richterliche Unabhängigkeit in der Verfassung in der DDR, aber nicht ein Lehrbuch, das sich damit beschäftigt hätte. Der Präsident des Obersten Gericht soll dazu die These vertreten haben, die richterliche Unabhängigkeit beziehe sich auf den „Einzelfall“, ansonsten sei der Richter an den Willen der Partei gebunden (Beckert, S. 142).

Beispiel eines Strafprozesses 1974 im Saal 49 gegen den Zeitzeugen Buchwald. Er wurde aus der Haftanstalt Rummelsburg morgens in eine Zelle des Gerichts gebracht und dann über die Besuchertreppe zur Verhandlung geführt.

Im Besucherbereich 2 FDJ-Gruppen (möglicherweise zur Vorbereitung der Jugendweihe). Anklagepunkte waren Betrug und Urkundenfälschung, aber (nach kritischen Äußerungen des Angeklagten) auch Staatsverleumdung (ohne Bew.)



Letzter Direktor des Stadtbezirksgericht:

Wetzenstein-Ollenschläger

- Spätestens seit 1976 ist der gebürtige Österreicher mit 34 Jahren bereits Direktor des Stadtbezirksgerichts Lichtenberg. (Richter aber mit 25 und nach 4 Jahren Studium mögl.)
- mit seinem Bruder aus ideologischen Gründen aus der Bundesrepublik eingereist. Beide holen in der DDR das Abitur nach und studieren, der Bruder wird Förster

„W.O.“ kam vom Stadtbezirksgericht Pankow (wohl stellv. Direktor, Ende 1973 war er zumindest vorübergehend als Strafrichter ans Stadtgericht Berlin abgeordnet.

Er kaufte (über die Rechtsanwaltskanzlei Vogel) das große Haus eines Verurteilten, der das Haus verkaufen musste, um ausreisen zu können. Seine Eltern (Rentner) kamen aus der Bundesrepublik nach und wohnten in diesem Haus.



W.O. selbst wohnte in einer neuen 4 Zimmer Plattenbauwohnung in Marzahn. 4mal geheiratet/4mal geschieden.

Die Nähe zur Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit und das anliegende Gefängnis macht das Stadtbezirksgericht für die Abwicklung politischer Prozesse, sog. „IA-Sachen“, äußerst interessant. Nach hiesiger Ansicht wurde „W.O.“ vor allem deshalb, hier als Direktor „installiert“. Nur er verhandelte diese Sachen.

3.6.1976: W.O. begeht mit 2 Stasi-Mitarbeitern das Gericht wegen eines „in Kürze **in Betrieb zu nehmenden Gewahrsams** sowie der Voraussetzung für die durchzuführenden Verfahren“ und es wird u.a. festgelegt, dass:

- der Weg von den Gefängnisräumen zum Gericht durch eine 2,20 Meter hohe Mauer „separiert“ und so von Blicken abgeschirmt wird



- Instandsetzung eines größeren Zellenraumes in der 2. Etage des Vorführturms,

- IA-Sachen werden ausschließlich in 2 Gerichtssälen in 3. Etage durchgeführt, wobei im 310 die Verhandlungen bei „zugelassener Öffentlichkeit“ oder „vor einem größeren Kreis von Teilnehmern durchgeführt“ werden sollen. Saal 310 wird als Vorzeigesaal mit „möglichst repräsentativer Ausgestaltung“ hergerichtet.

- Daneben wird ein weiterer Saal mit Richterzimmer aus den ehemaligen Vorführräumen hergestellt. Hier werden die IA-Sachen

Blick auf den repräsentativen Saaleingang 310 (jetzt 1313) im Originalzustand bei Errichtung. Der neue Saal 309 befand sich links davon (verdeckt durch die Säule).

Hier wollte die Staatsmacht (insb. die Stasi) eine "Produktionsstätte" für politische Strafurteile schaffen die mit der benachbarten Haftanstalt „Gebäude des MfS“ eng zusammen arbeitete



Wie separat und geheim die politischen Prozesse geführt wurden, zeigt auch ein Entwurf der Generalstaatsanwaltschaft für Strafsachen der Abt. I:

- Akten werden mit dem Vermerk „persönlich“ an den Direktor übermittelt
- Nur eine bestimmte Person - Sekretär - (in Vertretung der Leitende Sekretär) ist für die Vergabe von Aktenzeichen zuständig, er muss die Akten ständig unter Verschluss aufbewahren
 - der Direktor bestimmt im Einzelfall, welcher Richter das jeweilige Verfahren führt
 - Nur die dem Direktor zugeteilten Schöffen nehmen an diesen Verfahren teil
 - nur 2 bestimmte Protokollanten dürfen hinzugezogen werden
 - nach Abschluss müssen alle Unterlagen „W-O.“ persönlich ausgehändigt und in seinem „Panzerschrank“ verwahrt werden

MfS Untersuchungshaft-
Anstalt am Roedeliusplatz
- Stasi "ermittelt, verhört
etc."

anklagereife
Ermittlungs-
akte

Staatsanwaltschaft in der
Littenstraße,
Spezialabteilung nur für
MfS- Sachen
(nicht die Lichtenberger
Staatsanwälte)



©www.Cliparts.com

Geheime Vorführung aus
Stasi-
Untersuchungsgefängnis
über „Vorführstrecke“

Anklage (immer) zum
Roedeliusplatz als geheime
„I-A“ sache zu „W.O.“
(nicht zu anderen
Gerichten)



Die Staatsanwälte kamen zu den Verhandlungen extra aus der Littenstraße (extra Abteilung für MfS- Sachen) und aus mehreren Quellen (ehemalige Mitarbeiter; Geschäftsverteilungsplan 1988) lässt sich entnehmen, dass „W.O.“ die politischen Prozesse immer selbst geführt hat.

Über die Inhalte ist – auch aufgrund der Geheimhaltung – anderen Mitarbeitern wohl wenig bekannt. Aber wenn es um besonderes Unrecht (gerade beim hiesigen Gericht) und deren Aufarbeitung geht, muss sicherlich von dem System „W.O.“ gesprochen werden.



Gespräch mit sehr gut mit W.O. befreundeter RichterIn (1964- 1984):

- hochintelligent, charmant, begeistert für Literatur/Musik
- Kompetenter Ansprechpartner auch im Zivilrecht
- Mehrmals bei seiner Familie zu Essen eingeladen
- Aber nie erfahren, warum es in diesen Geheimprozessen im Einzelnen ging
- Nur einmal forderte er sie auf einen Prozess ge zu besuchen

Runnings wurde zu einer Bewährungsstrafe (statt 1 1/2 Jahre – StA) verurteilt und sofort abgeschoben



**Welche Ansatzpunkte gibt es ,
um das DDR-Unrecht des
Stadtbezirksgerichts Lichtenberg weiter aufzuarbeiten?**

Es geht nicht nur um die Person von W.O., er war “nur“ ein Teil des Systems, der Staatsmacht. Aber Näheres zu seiner Person zu erfahren, würde sicherlich helfen, das Ausmaß des Unrechts in diesem Gebäude zu erfahren.



- Die Vermutung liegt nahe, dass es eine umfangreiche Stasi-Akte über „W.O.“ gibt
- Es gibt eine Ermittlungsakte gegen „W.O.“ u.a. wegen 29 Fällen von Rechtsbeugung (sicher nur die Spitze des Eisbergs)
- Versuch mit ehemaligen Beteiligten (Richter/innen und Staatsanwälten) ins Gespräch zu kommen. Aber nur die Wenigsten waren wohl in dem inneren Kreis dieser IA-Sachen eingebunden (und wollen dann nicht darüber reden)
- „W.O.“ selbst setzte sich 1992 mit vielen Millionen DM aus DDR-Auslandskonten ab und konnte trotz internationalem Haftbefehl nie gefunden werden. Jetzt wäre er 76/77 Jahre alt.

- Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

